

## ... dass wir alle Mitglieder wirklich brauchen

Neujahrsgruß von Cornelia Möhring und Björn Radke



Für DIE LINKE geht ein erfolgreiches Wahljahr zu Ende. Unsere Partei hat das politische Vakuum, das die SPD in den unteren Gesellschaftsschichten hinterlassen hat, zumindest teilweise ausfüllen können. Seit Anfang 2007 hat die Partei mehr als 4.000 Mitglieder gewonnen. Auch in Schleswig-Holstein sind wir gestärkt in und durch die Wahlkämpfe gegangen. Mit dem Schwung der grandiosen Ergebnisse im Saarland und in Thüringen im Rücken sind wir mit 5 (eventuell nachkorrigiert bald 6) Abgeordneten in das Landeshaus in Kiel eingezogen. Wir konnten zudem viele neue Mitglieder in unserer Partei begrüßen und sind auf dem Weg zu Mitglied 1300.

Während der Linkssozialismus in anderen europäischen Ländern welkt, hat er sich in Deutschland einen Platz im politischen System erobern können. Für die linkssozialistische Partei, die sich in ihrer Mitgliederzusammensetzung auf eine Kombination von prekarierten Unterschichten, gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen und kritischen BildungsarbeiterInnen stützt, kann die wechselseitige Akzeptanz ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus

eine herausragende Chance für eine Politik der Gesellschaftsveränderung sein.

Und dennoch zeigt sich unsere junge Partei in Schwierigkeiten: Vier Jahre nach dem großartigen Bundestagswahlkampf von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi und zwei Jahre nach dem Zusammenschluss der WASG mit der PDS ist die LINKE noch nicht gefestigt und noch nicht wirklich "vereinigt" - sogar gefährdet. Bei vielen West-GenossInnen, die vom Mitregieren sowieso nichts halten, ist das Misstrauen gegenüber den "Pragmatikern aus dem Osten", und damit gegen inhaltliche Verabredungen mit der SPD wieder angewachsen.

Für die Klärung - die Festigung unserer Partei als gesamtdeutsches, linkssozialistisches Projekt - ist die politische Kraft eines Oskar Lafontaine unverzichtbar. Wir halten es für nicht akzeptabel, wenn in dieser Situation innerhalb unserer Partei eine Personaldebatte losgetreten wird. Sie beschädigt die innerparteiliche Kultur, wirft uns zurück und muss daher unverzüglich beendet werden. Wir brauchen die Konzentration für die vor uns liegenden Herausforderungen.

2009 war geprägt von der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Folgen.

2010 wird es kaum anders sein: Auch wenn viele sich persönlich noch nicht betroffen fühlen, erleben sie die Krise als Bedrohung. So erwarten 75% der Befragten, dass die Bedrohung des Lebensstandards die Solidarität mit den Schwachen verringert.

Aber auch 75% der Deutschen vertreten die Auffassung, dass die Linkspartei die Probleme beim Namen nenne; die Hälfte aller BundesbürgerInnen stimmt mit ihren politischen Positionen überein; und fast zwei Drittel der Befragten halten die Partei für eine demokratische Partei wie alle anderen Bundestagsparteien auch. Inhaltliche und mentale Übereinstimmungen gibt es dabei nicht nur zwischen SympathisantInnen der Sozialdemokratie und der LINKEN.

DIE LINKE hat sich konsequent als soziale und Friedenspartei präsentiert und viele Menschen angesprochen, die wissen, so kann und darf es in unserer Gesellschaft nicht weitergehen. Die Eskalation des Krieges in Afghanistan ist begleitet von dem Bemühen der schwarzgelben Koalition und ihres adligen Verteidigungsministers, den Kriegsein-

### In dieser Ausgabe:

SONDERAUSGABE SEITE 1 - 12

*Diese Ausgabe von "Info DIE LINKE.SH" ist eine Dokumentation der Ergebnisse von der Landesmitgliederversammlung der LINKEN.SH am 28. Nov. 2009 in Nortorf.*

*Dabei haben die Redaktion "Info DIE LINKE" (Edda Lechner) und der Landesvorstand (Cornelia Möhring und Silke Mahrt) zusammen gearbeitet. Die zehn Workshops werden der Reihe nach teils durch Texte und Materialien aus dem Vorbereitungsheft und die offiziellen Protokolle und Berichte der Diskussionsgruppen vorgestellt. Sie lassen sich hoffentlich für das kommende Jahr 2010 gut als "praktische Richtlinie" verwenden!*

*Alle Fotos von der LMV stammen von Edda Lechner.*

satz nicht mehr mit luftigen Vokabeln zu verschleiern, sondern die Tatsache des Kriegseinsatzes im Alltagsbewußtsein der BürgerInnen zu verfestigen. Dagegen wird DIE LINKE weiterhin Front machen.

Die Umverteilung von unten nach oben wird durch schwarzgelb weiter forciert werden. Steuergeschenke für das schwarz-gelbe Klientel, besonders für Konzerne, Banken, reiche Erben und die wenigen "Viel-Verdiener" gehören dazu wie das Aufkündigen des Solidarprinzips in der Krankenversicherung durch die Einführung der sogenannten "Kopfpauschale".

### Die Lage in Schleswig-Holstein ist schwierig.

Zwar hatte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Schleswig-Holstein besser als der Durchschnitt aller westdeutschen Bundesländer entwickelt. Besonders in den Bereichen Erziehung und Gesundheitswesen sind neue Arbeitsplätze entstanden. Im verarbeitenden Gewerbe sind allerdings konjunkturbedingt 4.100 Arbeitsplätze gestrichen worden.

Durch die Folgen der Wirtschaftskrise sind 21.500 Beschäftigte in Kurzarbeit und müssen befürchten, im kommenden Jahr ihren Job zu verlieren. Die neugeschaffenen Jobs liegen bei weitem unter dem Niveau eines lebensgerechten Lohns. Die soziale Spaltung hat sich in Schleswig-Holstein verfestigt:

Wie bei anderen Bundesländern auch, zeichnet sich für SH ein drastischer Einbruch bei den öffentlichen Finanzen ab. Die Gesamtverschuldung beträgt derzeit 23 Milliarden Euro und wird weiter steigen. Zusätzlich wird das Land durch die HSH Nordbank belastet. Auch für 2009 und 2010 muss mit weiteren Verlusten in Milliardenhöhe gerechnet werden.

Nach der jüngsten Steuerschätzung wird das Land von 2009 bis 2013 rund vier Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen als ursprünglich geplant. Noch härter sind die Einnahmeverluste bei den Kommunen. Sie müssen im Vergleich zur Mai-Schätzung in diesem Jahr Mindereinnahmen von 60 Millionen Euro verkraften. "Es bleibt der schwerste Einbruch bei den Einnahmen in der Geschichte des Landes," so Finanzminister Wiegand (CDU). Die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz befürchteten 70 Millionen Euro Mindereinnahmen

# Landesmitgliederversammlung

am 28. November 2009 in Nortorf

hält Ministerpräsident Carstensen nicht mehr für verantwortlich. Dass seine schwarzgelbe Regierung selbst in ihrem Koalitionsvertrag ein massives Sparprogramm festgeschrieben hat, und obendrein dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt hat, zeigt die Konzeptionslosigkeit dieser Koalition.

Dieses Gesetz kommt überwiegend den höheren Einkommen zugute und wird die Tendenz zur Vermögens- und Sparpolitik verstärken. Wichtiger wäre eine Weiterführung und Erhöhung der öffentlichen Investitionen nach dem Auslaufen des Konjunkturprogramms II, das auch bereits durch eine falsche Gewichtung von Steuersenkungen und

### Die LINKE bleibt dabei:

Aus der Krise kann man sich nicht raussparen. Haushaltsdefizite müssen über Kredite finanziert werden. Durch eine andere Steuerpolitik können die Einnahmen strukturell verbessert werden. Das ist mit den gegenwärtigen politischen Mehrheiten nicht zu realisieren. Ergänzend kann im Land eine Haushaltspolitik verfolgt werden, die bei den überflüssigen Projekten (Fehmarnbelt-Querung, Kohlkraftwerke Brunsbüttel, etc.) umschichtet. So lassen sich Mittel für Armutsbekämpfung und aktive Arbeitsmarktpolitik sowie öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, ökologischer Umbau, Kultur und Infrastruktur gewinnen, durch die auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe stabilisiert werden.

DIE LINKE SH hat eine verantwortungsvolle Arbeit vor sich, für die wir al-

## Zehn Workshops der LINKEN.SH

- Workshop 1: Bildung
- Workshop 2: Umwelt und Energie
- Workshop 3: Soziales und Arbeitsmarktpolitik
- Workshop 4: Migrations- und Minderheitenpolitik
- Workshop 5: Netzwerk 50 plus
- Workshop 6: Vernetzung Landtagsfraktion/Kommunale und Fraktionen/Landesverband
- Workshop 7: Neumitgliederwerbung und -betreuung
- Workshop 8: Aufgabe und Struktur des Landesrates und der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG)
- Workshop 9: Innerparteiliche Bildungsarbeit
- Workshop 10: Solid

le Mitglieder und noch viele dazu wirklich brauchen. Eine starke Opposition in den Parlamenten braucht aktive Mitglieder und Strukturen.

Es gibt Antworten auf und Alternativen für die Folgen der Krise. Der Einstieg in eine friedliche, sozial gerechte Gesellschaft bzw. der Kampf darum ist nötiger denn je.

In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Mitgliedern und WählerInnen der

**Für Veränderungen brauchen wir die lebendige Diskussion,**

**die enge Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften.**

**Wir brauchen gemeinsame Aktionen und Bewegung!**

LINKE aufs herzlichste und wünschen einen friedlichen und spaßigen Jahreswechsel. Und vor allem auf eine gute Zusammenarbeit, viel Kraft und Durchsetzungsfähigkeit und auch hier viel Spaß in der politischen Arbeit 2010!

# Workshop 1: Bildung

Verantwortlich: Björn Thoroë

## Thesen zu aktuellen bildungspolitischen Themen und zu Aufgaben einer LINKEN Bildungspolitik

Heiko Winckel-Rienhoff, 28.11. 2009

### 1. Was wird aus den Gemeinschaftsschulen unter der neuen Regierung?

Der Koalitions- Vertrag zielt auf die Zusammenführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen mit großer Freiheit der inneren Gestaltung, insbesondere der Möglichkeit, Formen der *äußeren Differenzierung* (wieder) einzuführen. Das ist eine Abkehr von der Zielrichtung "eine Schule für alle" ohne Bedeutung der Schularteneinteilung durch die Grundschulempfehlung. Die anstehende Überführung der Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen bewirkt eine Verschlechterung der Arbeits- und Lernbedingungen durch Abbau von Förderstunden und Doppelbesetzungen. Diese gilt es zu verhindern.

Unsere Forderung: Das Ziel muss "eine Schule für alle" unter Integration der Gymnasien sein, keine 2 Säulen: Gymnasium und Restschule!

### 2. Ganztagsunterricht:

Nach wie vor dominieren nicht die verpflichtenden Ganztagschulen, sondern die Ganztagsangebote. Das bedeutet in der Praxis: Nachmittagskurse werden überwiegend nicht von qualifizierten Lehrkräften durchgeführt, Nachmittagsangebote sind in der Regel kostenpflichtig und schließen Kinder von Geringverdienenden aus. Mittagessen ist kostenpflichtig.

Unsere Forderung: verpflichtende Ganztagschulen mit qualifizierten Kursleiter/innen und ein kostenfreies Mittagessen.

### 3. Entlastung der Lehrkräfte:

Der neue Pflichtstundenerlass (Entwurfassung) entlastet die Lehrkräfte nicht von den ständig gewachsenen Aufgaben. Insbesondere die Grundschullehrer/innen sollen weiterhin 28 Lehrerwochenstunden (LWST) unterrichten trotz immens gewachsener Verpflichtungen: Förderpläne für die Schüler/innen, Jahrgangübergreifender Unterricht, feste Grundschulzeiten, kein Unterrichtsausfall mehr durch Unterricht in 2 Klassen gleichzeitig usw.

Gesamtschul- und Gymnasiallehrer/in-

nen müssen an den Gemeinschaftsschulen künftig mehr Unterrichtsstunden erteilen. Gleichzeitig deutet sich ein wachsender Lehrer/innenmangel an. Unsere Forderung: eine deutliche Unterrichtsstundenentlastung der Lehrkräfte, damit diese wieder mehr Zeit für die Schüler/innen haben! Gleiche Arbeitsbelastung für alle Lehrer/innen: maximal 24 Stunden in Klassen mit maximal 24 Schüler/innen! Rücknahme der faktischen Gehaltskürzungen für Lehrer/innen! Steigerung der Attraktivität des Berufes und Vergrößerung der Ausbildungskapazität an den Hochschulen.

### 4. Abgang ohne Abschluss:

Nach wie vor beträgt die Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss über 10 % eines Jahrgangs.

Unsere Forderung: massiver Ausbau der Fördermaßnahmen in den Regelschulen (Doppelbesetzung!), Ausbau der Jugendaufbauwerke und berufsqualifizierender Schulzweige (vom *Dualen* Berufsausbildungssystem zum *Pluralen* Berufsausbildungssystem)!

### 5. Profiloberstufe und G 8

Die Profiloberstufe und die Verkürzung der Gymnasialzeit auf 8 Jahre (G8) sind und bleiben Rohrkrepieler.

Unsere Forderung: Vorwärts zurück zur Studienstufe und zu G9!

### 6. Lehrer/innenausbildung

Die Lehrerinnenausbildung, insbesondere bei den Gymnasiallehrer/innen, macht keinerlei Anstalten, sich auf die neuen Schularten einzustellen.

Unsere Forderung: Die Hochschulen müssen umdenken und umschwenken auf die Ausbildung zu Stufenlehrer/innen bei einheitlicher Besoldung (A 13).

### 7. Kein Abbau der Planstellen wegen Geburtenrückgang!

Gern wird die (tatsächliche) sinkende Schüler/innenzahl als Argument für die Forderung missbraucht "die Zahl der Lehrer/innen-Planstellen künftig abzubauen (Landesrechnungshof) .



Unsere Forderung: Planstellen in den Schulen lassen, damit die vorhandenen Defizite (Ganztagsunterricht, G9) endlich abgebaut werden können und eine bessere individuelle Förderung der Schüler/innen möglich wird!

### 8. Kommunale Finanzen stärken heißt Schulträger stärken!

Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich, Verlust von Steuereinnahmen durch sogenannte Steuerreformen strangulieren die kommunalen Finanzen. Das bedeutet auch eine Verknappung der Mittel für Investitionen in Schulbau und Schulunterhaltung, und bei der Bezahlung von schulbezogenem Personal (Schulsozialpädagogen).

Unsere Forderung: Endlich eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen, keine Steuererleichterungen für die Wirtschaft auf Kosten der kommunalen Haushalte!

### 9. Krippen, KiTas, Horte

Das Angebot an bezahlbaren KiTa-Hort- und Krippenplätzen ist trotz aller Sonntagsreden unzureichend!

Unsere Forderung: Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an Betreuungsplätzen, quantitativ und qualitativ verbesserte Erzieher/innenausbildung.

### 10. Keine weitere Privatisierung der Bildung!

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Bildung verstärkt sich die Tendenz besserverdienender Eltern und Firmen, gut ausgestattete Privatschulen und Hochschulen zu gründen.

Unsere Forderung: Keine weitere Zulassung von Privatschulen und Privathochschulen im Lande!

## Workshop 2: Umwelt und Energie

Verantwortlich: Silke Mahrt

**Die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Schutz unseres Klimas sind entscheidende Aufgaben der nächsten Jahrzehnte**



### Entwicklung im ländlichen Raum - eine Querschnittsaufgabe

Der Workshop „Energie und Umwelt“ beschäftigte sich intensiv mit der „Entwicklung im ländlichen Raum“. Deutlich wurde: Wir sind keine linken GRÜNEN. Die LINKE braucht ein eigenständiges Umweltprofil. Hier müssen wir deutlich machen: Mensch und Umwelt werden den gleichen Profitinteressen untergeordnet und von den gleichen Konzernen und Strukturen ausgebeutet. Diese Erkenntnis muss sich als Leitfaden durch alle Bereiche linker Umweltpolitik ziehen und beinhaltet auch eine internationale Solidarität.

Der Bereich „Entwicklung im ländlichen Raum“ ist eine Querschnittsaufgabe der Kommunal- und Landespolitik und beinhaltet Themen wie Verkehrs- und Raumordnungspolitik ebenso wie Energie- und Klimapolitik.

#### Einig waren wir uns:

- Die Linke steht für eine regenerativer Energiegewinnung aus Gülle und pflanzlichen Abfällen. Wir wollen keine Monokulturen für die Bioenergieerzeugung.
- Wir lehnen den Anbau genmanipulierter Pflanzen ab, der zu einer Monopolisierung auf wenige Konzerne als Saatgutproduzenten auf dem Weltmarkt führt.
- Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung ein. Die mit der Massentierhaltung einhergehende Gülleproduktion führt zu einem klimaschädlichen Methanausstoß und zu einer Verschmutzung von Grund- und Oberflächenwasser und damit zur Verschmutzung des Trinkwassers.

Intensiv haben wir uns auch mit der Frage beschäftigt, welche Landwirtschaft wir in Zukunft haben wollen.

Insgesamt wurde deutlich: Die Zeit war zu kurz, um wirkliche Standpunkte linker ökologischer Politik zu entwickeln. Hier besteht noch dringender Diskussionsbedarf. Zumal wir das Thema „Energie und Klimaschutz“ immer nur am Rande mitbehandeln konnten. Deshalb werden wir den begonnenen Diskussionsprozess fortsetzen. Wir treffen uns wieder, am Samstag, den 6. Februar 2010 von 11 bis 15 Uhr in der Landesgeschäftsstelle.

Bericht von Silke Mahrt

## Vorschläge zu Themen ökologischer Politik

Aus dem Vorbereitungsheft:

Die nachhaltige Bewahrung und Wiederherstellung einer lebensgerechten Umwelt ist eine zentrale Säule sozialer Gerechtigkeit, denn besonders die benachteiligten Bevölkerungsgruppen leiden am meisten unter Luftverschmutzung, Lärm, ungesunder Nahrung und dem Preisanstieg knapper Ressourcen. Natur- und Umwelterstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen.

Wir verstehen Umweltschutz und Energiewirtschaft als Querschnittsaufgaben unserer Politik. Neben der sozialen Frage ist ein ökologischer Umbau unserer Gesellschaft Grundaufgabe bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft. Wir stellen uns bewusst dieser Aufgabe und werden in allen Politikbereichen ökologische Belange ebenso berücksichtigen wie die soziale Frage...

Themenbereiche, zum Beispiel:

#### 4. Ländlicher Raum - neue Entwicklung für die Landwirtschaft:

- Klimawandel verändert unsere Landwirtschaft, Landwirte sind vom Klimawandel schon jetzt betroffen.
- Regenerative Energiegewinnung aus überschüssiger Gülle und pflanzlichen Abfällen, keine Monokulturen für die Bioenergieproduktion (Mischkulturen aus Sonnenblumen, Leindotter und Luzerne)
- Kein Anbau genmanipulierter Pflanzen
- Finanzielle Unterstützung der Landwirte für ihre Beiträge zur Kulturlandschaftspflege, Umweltschutz, Klimaschutz und Tourismus.
- Förderung der nachhaltigen, ökologischen Landwirtschaft
- Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Unterstützung genossenschaftlicher Strukturen
- Ausbau der ökologischen Waldbewirtschaftung
- Verbot der quälenden Nutztierhaltung insbesondere der nicht artgerechten Massentierhaltung
- Verbot antibiotikahaltiger Masthilfen
- Neugestaltung landwirtschaftlicher Sozialsysteme.

## Workshop 3: Soziales und Arbeitsmarkt- politik

Verantwortlich: Meike Lüdemann

### Bericht über den Workshop "Arbeitsmarkt und Soziales"

- Meike Lüdemann und Wolfgang Behrs  
Kontakt: [meike.luedemann@bahrenhof-city.de](mailto:meike.luedemann@bahrenhof-city.de)  
und [wbehrs@aol.com](mailto:wbehrs@aol.com)

Da nur 90 Minuten Zeit für das durchaus umfangreiche und vielschichtige Thema zur Verfügung standen, war von vorn herein klar, dass eine erschöpfende Diskussion des Themas nicht möglich sein würde.

Die Landtagsabgeordnete Antje Jansen wies zu Beginn des Workshops darauf hin, dass die Europäische Union das Jahr 2010 zum Jahr "gegen Armut und soziale Ausgrenzung" erklärt hat und dies uns den Rahmen und die Chance gibt, Armut und soziale Ausgrenzung in Schleswig-Holstein auf allen Partei- und Fraktionsebenen des Landes öffentlich zu thematisieren und unsere politischen Vorschläge zu diesem Themenkomplex zu propagieren.

Darüber hinaus wurde in der anschließenden Diskussion der Vorschlag gemacht, dass wir es in 2010 schaffen sollten, in jedem Kreis einen Überblick über die Initiativen zu erstellen, die vor Ort zu den sozialen Rechten informieren und Hilfe im Umgang mit Ämtern anbieten (Hempels, SOVD, Einzelgewerkschaften etc.), um hier im Bedarfsfalle Betroffene und Initiativen miteinander vernetzen zu können.

Den Schwerpunkt der Diskussion im Workshop bildete dann jedoch das Thema Arbeitsmarktpolitik. Zunächst wurde ein kleiner statistischer Überblick über die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein und die regionale Verteilung von Haushaltseinkommen und Arbeitslosigkeit gegeben, der im Anhang beigefügt ist.

Die statistischen Daten lassen sich nachlesen unter: [http://www.statistik-nord.de/uploads/tx\\_standdocuments/SI\\_SPEZIAL\\_I\\_2009\\_01.p](http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SI_SPEZIAL_I_2009_01.p)

In der anschließenden Diskussion ergaben sich folgende Vorschläge für unser landespolitisches Programm und die politische Arbeit zu diesem Thema:

#### 1. Sozial ist, was gute Arbeit schafft

Unter dieser Überschrift wurde vorgeschlagen:

- Das Ende 2010 auslaufende Tarifreuegesetz und dessen notwendige Verlängerung trotz der ablehnenden EU-Rechtsprechung zu thematisieren. Hierzu können wir versuchen, im Landtag eine Anhörung zu organisieren mit dem Ziel, das Ausmaß der Ausbreitung des Niedriglohnsektors in Schleswig-Holstein und die Notwendigkeit des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger vor Lohndumping deutlich zu machen. Dies muß gemeinsam mit den Einzelgewerkschaften und dem DGB erfolgen.

- Auch unseren (bundespolitischen) Vorschlag eines Mindestlohnes von 10,- Euro können wir in diesem Zusammenhang thematisieren.

- Ebenso die prekäre soziale Lage der Leiharbeiter (gesetzliche Rahmenbedingungen sind auch Bundespolitik). Hier



müssen wir die politische Konsequenz (Verbot der Leiharbeit oder Erlaubnis nur zu gleichen Bedingungen wie die Stammbeslegschaft) unter uns noch ausdiskutieren.

- Landesweit wollen wir die Umwandlung der ca. 12.000 1,- Euro Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse fordern, wir haben hierzu als B&G Schleswig-Holstein schon eine Kostenberechnung vorgelegt. Das Land hätte hier jährlich lediglich die Summe von 25 Mio. Euro pro Jahr aufzuwenden.

- Ein weiteres bundespolitische Thema, das wir weiter öffentlich propagieren müssen ist hier die Herabsetzung des Rentenalters von 67 zurück auf 65 Jahre.

#### 2. Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors

Abgeleitet von unserem bundespolitischen Wahlprogramm haben wir für Schleswig-Holstein im vorläufigen landespolitischen Programm bereits ein Investitionsprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden Euro gefordert, das der Schaffung von mehr als 70.000 zusätzlichen, tariflich entlohnten Arbeitsplätzen im Lande dienen soll. Zu diesem Thema kamen in der Diskussion folgende Vorschläge:

- Insbesondere im Bereich Pflege und Gesundheit müssen wir die Aufstockung des qualifizierten Personals fordern. Hier haben wir über die Landespolitik Einflussmöglichkeiten. So bestimmt der Landtag mit bei der Bemessung des Personalschlüssels in Pflegeheimen. Der Arbeitsdruck und die Personalknappheit ist in diesen Arbeitsbereichen besonders groß, so dass wir hier neben dem Arbeitsmarkt auch etwas für die bereits Beschäftigten und die Patienten zur Verbesserung der Qualität von Pflege und Gesundheit tun könnten.

- Auch im Bildungsbereich besteht hier großer Bedarf an zusätzlichen, qualifizierten Arbeitskräften. Zum Beispiel in Schulen in sozialen Brennpunkten für mehr pädagogisch qualifiziertes Zusatzpersonal oder gut qualifizierte Ausbilder, die die duale Berufsausbildung dort sichern, wo die private Wirtschaft dies nicht gewährleistet.

- Dasselbe gilt für weitere Infrastrukturbereiche, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern dienen ( z.B. Ausbau des ÖPNV).

- Der Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors soll auch dazu dienen, Arbeitsplätze zu schaffen, die von der Arbeitsqualität Vorbildcharakter für die private Wirtschaft haben. Das gilt sowohl für die tarifliche Vergütung als auch für die sonstigen Arbeitsbedingungen. Da wir auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung benötigen, um allen Menschen ein würdiges, selbst durch Erwerbsarbeit finanziertes Leben zu ermöglichen, bietet sich auch hier der Ausbau des öffentlichen Sektors als Vorbild an.

### 3. Keine weitere Privatisierung

Mit der Privatisierung einher geht in der Regel die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten. Das lässt sich von der Müllentsorgung bis hin zum Krankenhaus an allen Beispielen der Privatisierung aufzeigen. In Schleswig-Holstein werden wir diese Diskussion insbesondere bei den Privatisierungsdiskussionen im Bereich der Krankenhäuser haben, aktuelles Beispiel ist das UKSH. Hier muß unsere Forderung bleiben: Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge, da sie neben der schlechteren Versorgung der Bürger unserer Forderung nach "guter Arbeit" entgegen steht.

#### **Wir laden ein zur nächsten Sitzung der LAG "Betrieb & Gewerkschaft"**

am 23. Januar 2010 um 11.00 Uhr  
in der Landesgeschäftsstelle in Kiel

**Thema:** Konkrete Forderungen  
für das landespolitische Programm

Es wäre schön,  
wenn sich die LAG Hartz IV  
mit der konkreten Ausgestaltung  
des Europäischen Jahres  
gegen Armut und soziale Spaltung  
befassen würde.

## Workshop 4:

### Migrations- und Minderheiten-Politik

Verantwortlich: Hüseyn Kent

Hierzu liegt leider keine Bericht vor

## Workshop 5:

### Landesarbeitsgemeinschaft Netzwerk 50 plus

Verantwortlich: Jürgen Blaas



### Auszug aus dem Bericht

von Jürgen Blaas, 4.12.09

#### 2.1 Welches Verständnis haben wir von Politik für Seniorinnen und Senioren?

In ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zur Bundestagswahl 2009 erklärte DIE LINKE: "Für unsere Partei stellt die Seniorenpolitik ein zentrales Querschnittsthema dar. Dies bedeutet für uns, die Belange von Seniorinnen und Senioren stets in allen politischen Aktivitäten zu berücksichtigen." Exakt diese Position wollen wir in der Partei vermitteln. Dies beinhaltet, dass wir uns nicht darauf reduzieren lassen wollen, eine reine Interessengruppe von und für Seniorinnen und Senioren in der Partei zu sein.

Fast alle Politikfelder – das Sozialversicherungssystem und der Arbeitsmarkt, das Gesundheitswesen und die (Alten-) Pflege, kommunale Infrastruktur und Städtebau, Bildung, Kultur und Medien, Mitbestimmung, Integration von MigrantInnen - betreffen zumindest indirekt al-

le Bevölkerungsgruppen. Entsprechend ist unsere Politik nicht als Klientelpolitik für Seniorinnen und Senioren misszuverstehen. Politik für Seniorinnen und Senioren ist eines von mehreren zentralen Querschnitts-Themen unserer Partei. Wir setzen uns dafür ein, dass sich dieses Verständnis in der LINKEN nachhaltig entwickelt und in der politischen Praxis von Partei und Linksfraktionen widerspiegelt.

#### 2.2 Zum demografischen Hintergrund von SeniorInnenpolitik

Die Aussagen zur demografischen Entwicklung der Bundesrepublik prognostizieren für die kommenden Jahrzehnte nachhaltige Veränderungen in der Alterszusammensetzung der Bevölkerung. Bei merkbar abnehmender Gesamtbevölkerung wird der Anteil jüngerer Menschen sinken, ältere und besonders hochaltrige BürgerInnen (über 80 Jahre) werden zunehmen. Dies wird Konsequenzen für das gesamte soziale und politische System der Bundesrepublik haben. Darauf muss sich auch DIE LINKE einstellen.

Das Netzwerk 50 plus ist dabei schon nominell auf mehr als zwei Generationen ausgerichtet. Unsere direkten Zielgruppen

stehen noch im Erwerbsleben, viele sind nach ihrem fünfzigsten Lebensjahr in die Arbeitslosigkeit gedrückt, sie sind Rentnerinnen oder Rentner und zunehmend sind sie auch hochaltrig und zur Erhaltung ihrer Würde besonders auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen.

### 2.3 Wählerverhalten von Seniorinnen und Senioren: Potenziale und Schwächen der LINKEN

Während DIE LINKE bei allen Wahlen seit 2005 in der Altersgruppe der 45-59-jährigen Wählerinnen und Wähler am stärksten vertreten war und hier auch bei den Bundestagswahlen 2009 überdurchschnittlich Stimmengewinne erzielen konnte, votierten die WählerInnen jenseits des sechzigsten Lebensjahres unterdurchschnittlich für DIE LINKE.

Die LAG Netzwerk 50 plus kann so in ihren primären Zielgruppen hinsichtlich ihres Wahlverhaltens deutlich Potenziale wie auch Schwächen feststellen. Auch dieser Aspekt sollte die Partei motivieren, SeniorInnenpolitik angemessen in ihrer Programmatik wie in ihrer Praxis zu berücksichtigen.

### 2.4 Politische Handlungsfelder der LAG Netzwerk 50 plus

Die Arbeit des Netzwerkes 50 plus ist auf sieben Politikfelder ausgerichtet, in denen wir uns positionieren und Handlungsforderungen an Partei und Linksfaktionen stellen werden.

- **Rente u. Beschäftigung** (Altersarmut, Rente ab 67, Arbeitsmarkt...)
- **Lebensräume u. Mobilität** (Wohnen, Wohnumgebung, kommunale Infrastruktur, ÖPNV...)
- **Gesundheit u. Pflege** (medizinische Versorgung, Prävention, Bewegung und Sport, ambulante u. stationäre Pflege...)
- **Seniorinnen und Seniorenwirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucherschutz** (Seniorinnen und Senioren als Zielgruppe ökonomischer Interessen...)
- **Gesellschaftliche Teilhabe** (Mitwirkungsgesetz, bürgerschaftliches Engagement, Altersdiskriminierung...)
- **Bildung u. Kultur** (lebenslanges Lernen, kulturelles Erbe, Zeitzeugen und Medien...)
- **Migration u. Integration** (interkultureller Dialog...)

### 2.5 Arbeitsprinzipien und Strukturen der LAG Netzwerk 50 plus

Da mit steigendem Alter die Wahrscheinlichkeit auch längerer Phasen

## Die Organisationsstruktur der LAG Netzwerk 50 plus ist minimalistisch:

- Jährlich findet eine Mitgliederversammlung statt, auf der u.a. ein Arbeitsplan verabschiedet wird. Dort werden auch die LAG-Vertreter für den Landesrat, Landesparteitage und die Bundesarbeitsgemeinschaft gewählt.
- Ein offener Koordinierungskreis umfasst die Genossinnen und Genossen, die als lokale oder regionale Ansprechpersonen unserer LAG fungieren möchten.
- Eine Organisationsgruppe (Mitgliederkommunikation, Medienarbeit, Veranstaltungsmanagement), die Koordinatorinnen und Koordinatoren der sieben Handlungsfelder und die LAG-Delegierten (Landesrat, Landesparteitag, Senioren-Arbeitsgemeinschaft) bilden die **operative Leitung**. Besonderes Gewicht werden wir zukünftig unserer Medienarbeit und unserer Internetpräsenz zuordnen.

Die LAG versteht sich als lernendes und arbeitendes Kollektiv.

Wir haben und brauchen keine Häuptlinge.

Mitglieder sind bei uns ausnahmslos Parteiarbeiterinnen und Parteiarbeiter.

krankheitsbedingter 'Ausfälle' zunimmt, gilt in der LAG unumstößlich das Prinzip, dass jede Genossin und jeder Genosse autonom Umfang und Tempo des eigenen Engagements bestimmt. Arbeitsdruck wird ausgeschlossen. In der Organisation unserer Arbeit muss dies ständig berücksichtigt werden. Wir müssen unsere Ziele nicht schnell erreichen. Aber wir werden uns dauerhaft hartnäckig darum bemühen. Wir orientieren darauf, insbesondere auch ein Netzwerk für diejenigen Parteimitglieder aufzubauen, die zwar an Politik für Seniorinnen und Senioren interessiert sind, ihren eigenen politischen Schwerpunkt aber eher in ihren jeweiligen Orts- oder Kreisverbänden sehen. Da sich bei älteren Genossinnen und Genossen die Bereitschaft zu häufigen landesweiten Treffen (aus gesundheitlichen, ökonomischen, ... Gründen) in Grenzen hält, streben wir eine Regionalisierung unserer Arbeit an. Eine erste Kreis-AG Netzwerk 50 plus hat sich in Lübeck gegründet. (Siehe auch Kasten oben).

### 2.6 Netzwerk 50 plus und Landesverband / Linksfaktionen

Als integraler Bestandteil der LINKEN wollen wir unseren Teil zum weiteren programmatischen und organisatorischen Aufbau der Partei beitragen. Dazu wird die LAG Netzwerk 50 plus insbesondere in Absprache mit Parteigremien öffentliche Veranstaltungen organisieren und der Partei Handlungsvorschläge zu seniorInnenpolitischen Themen unterbreiten.

Auf Bundesebene treten wir dafür ein, die BAG Seniorenarbeitsgemeinschaft

(SAG) im Sinne unserer Programmatik so fortzuentwickeln, dass sie auch unter den gegebenen westdeutschen Verhältnissen nachhaltig wirken kann (hier gibt es keine Volkssolidarität)...

### 3 Impulse aus dem LMV-Workshop für die weitere Arbeit der LAG 50 plus

Auf der LMV vertraten nur noch einzelne FunktionsträgerInnen mechanistische Positionen zur Rolle von (Landes)Arbeitsgemeinschaften in der Partei (Laut Satzung ...). Von ihnen hoben sich wohlthuend Akteure ab, die die Funktion von LAGs politisch bestimmten und deutlich Diskussions- und Kooperationsbereitschaft signalisierten. Wir werden diese Angebote (Vermittlung von ReferentInnen, ...) nutzen.

Ein neuer Mitstreiter schlug vor, den Themenkomplex Bewegung / Sport für ältere Menschen aufzugreifen. Wenn deren Rolle in der Gesellschaft in Zukunft stärker nach ihren Kompetenzen und nur nachrangig nach ihren Defiziten bestimmt werden soll (vom Defizit-zum Kompetenzmodell), dann muss gefragt werden, welche Randbedingungen erfüllt sein müssen, damit ältere Menschen ihre Kompetenzen überhaupt in die Gesellschaft einbringen können. Neben materiellen Voraussetzungen (Rente) zählen hierzu wesentlich Gesundheit und körperliche Verfassung. Wir werden im Frühjahr eine Veranstaltung zu diesen Zusammenhängen organisieren (Materialtip: im Internet nach "Seniorenspielplatz" suchen).

- Wegen der Länge wurde Teil (Material, diverse Programme) und 2.6 gekürzt.

## Workshop 6: Vernetzung Landtagsfraktion/ Kommunale und Fraktionen/Landesverband

Verantwortlich: Miro Berbig

Auf der Landesmitgliederversammlung am 28.11.2009 fand der Workshop Vernetzung Fraktionen statt. 24 Mitglieder, alle in Fraktionen eingebunden, diskutierten zwei Stunden angeregt zu diesem Thema und konnten dann folgendes als Ergebnis zusammenfassen.

### KommunalPolitischeKoordinierung

- Treffen der Fraktionen soll regelmäßig statt finden
- gemeinsamen Themen bearbeiten
- Schwerpunkte sollen gesetzt werden
- Koordiniertes Vorgehen
- eMail-Verteiler

Das bisher dreimal veranstaltete Treffen der Fraktionen in Rendsburg wird von allen Beteiligten als das zentrale Forum zur Koordinierung der Fraktionsarbeit auf kommunaler und Landesebene gesehen. Dieses Treffen soll regelmäßig stattfinden, dazu sollen zur Jahresfrist feste Termin gefunden werden. Themenschwerpunkte können sowohl aus Berlin, Kiel oder den Kommunen kommen, die dann koordiniert umgesetzt werden sollen. Als Beispiel wurde hier die Anregung von Felicitas Weck zur KdU-Debatte genannt. Hier hat das Treffen der Fraktionen zum ersten Mal exemplarisch eine gemeinsame Anfrage und einen gemeinsamen Antrag in allen Kreisen eingebracht. Um die Kommunikation zu verbessern, sollen feste Emailverteiler eingerichtet werden.

### Fraktion Kreis

- Koordinierung Fachausschüsse
- Koordinierung Homepage
- Mitgliederinformation
- Bezirke bilden

Die Fraktionen in den Kreisen sind gehalten, ihre Mitglieder über ihre Arbeit zu informieren. Dazu sollten die bestehenden Homepages genutzt werden, die Kreise sollen sich hierbei bei Bedarf übergreifend unterstützen. In einem zweiten Schritt könnte die Bildung von Bezirken die Arbeit erleichtern, kürzer Fahrwege

und gemeinsame Aufgabenstellungen bilden hier die Grundlage kurzfristiger und häufigerer Treffen.

Landesweit wäre es gut, wenn die Fachausschussmitglieder untereinander vernetzt würden. Hierzu könnte zunächst das Forum im Intranet dienen, spätere separate Treffen können die Arbeit diversifizieren.

### Fraktion Landtag

- Informationsaustausch in die Region
- Newsletter



Die neuen Landtagsabgeordneten der LINKEN im Gespräch: Hans-Werner Jezewski und Uli Schippels

Alle Anwesenden waren sich einig, dass die Landtagsfraktion voll in die Arbeit der kommunalen Fraktionen eingebunden werden muss. Dazu sollen die Mitglieder der Landtagsfraktion nicht nur zu den Treffen der Fraktionen eingeladen werden, sondern in den Meinungsbildungsprozess mit eingebunden sein. Die Landtagsfraktion soll ihre Arbeit auch in den Regionen transparent machen, dazu muss sie auch vor-Ort sein. Informationen über die Arbeit der Landtagsfraktionen soll über Newsletter an alle Mitglieder verteilt werden.

### Medien

- Intranet - Wiki
- Koordinierte Pressearbeit
- Homepage mit Ansprechpartnern
- Homepages Land nutzen
- Info DIE LINKE nutzen

- Gemeinsame Kommunikation
- Arbeit dokumentieren

Die Nutzung der vorhandenen Medien sollte im Fokus unseres Handelns sein. Ein schnelles Telefongespräch bewirkt häufig mehr, als eine undifferenzierte Rundmail, Rundmails sollten nur von den koordinierenden Personen erfolgen, um gezielt kommunizieren zu können. Für Diskussionen soll ein Intranet eingerichtet werden, in dem es auch ein Forum zur Debatte geben kann. In diesem Intranet soll dann auch Wiki laufen, in dem die Fraktionen ihre Anfragen und Anträge publizieren können. Dieses Wiki soll auch mit der Datenbank von Felicitas Weck abgeglichen werden.

Die gemeinsame Arbeit soll dokumentiert und koordiniert publiziert werden. Dies gilt sowohl innerparteilich, dazu können die Landeshomepage und INFO DIE LINKE genutzt werden, sowohl als auch landesweite, gemeinsame Pressemitteilungen für alle.

### Organigramm

Es soll ein Organigramm über die gesamten Fraktionen erstellt werden.

### Weitere Workshops

Die Form der Zusammenarbeit in einem Workshop wurde als positiv bewertet. Bei weiterem Ausbau des Treffens der Fraktionen könnten solche Workshops auch dort stattfinden. Dazu sollten dann auch Fachreferenten eingeladen werden.

### Kommunalpolitischer Verein

Um die Arbeit der Fraktionen, gerade im innerparteilichen Bildungsprozess zu unterstützen, soll die Gründung des Kommunalpolitischen Vereins abgeschlossen werden.

- Bericht von Miro Berbig

## Workshop 7: Neumitglieder-Werbung und -Betreuung

Verantwortlich: Asja Huberty



### Zielgruppen können sein:

- Mitarbeiter von Betrieben, denen Stilllegung oder Schließung droht
- Alleinerziehende Mütter und Väter (Beratungsangebote)
- Hartz 4 Betroffene
- Kleine Unternehmer und Selbstständige
- Rentner und Frührentner
- Migranten
- Schüler und Studenten
- Mitglieder lokaler oder überregionaler Aktionsbündnisse, deren Ziele mit den Inhalten der LINKEN übereinstimmen und von ihr unterstützt werden.

### 1. Erfassung potentieller Neumitglieder

Das effektivste Mittel zur Mitgliederwerbung ist das Erstellen von Interessentlisten. Alle aktiven Parteimitglieder, besonders die Mitglieder, die durch ihre Verankerung in Vereinen, Verbänden, Betrieben, Gewerkschaften etc. viele Menschen kennen, benennen Personen die für eine direkte Ansprache in Frage kommen. Wichtig dabei ist, dass diejenigen, die die Personen benannt haben, nicht dadurch verpflichtet sind, diese im weiteren Verfahren selbst anzusprechen. Diese Aufgabe sollten dann andere GenossInnen übernehmen. Ein wichtiger Baustein für die Motivation der einzelnen Werber ist die Würdigung ihrer Erfolge!

Weitere Möglichkeiten der Sammlung von Adressen sind Aktionen ähnlich der „Linksaktiv“ zur BTW, die einerseits permanent über das Internet (auf Landes- und Kreisebene) und andererseits aktionsbezogen durch entsprechende Formulare bei Infoständen, Aktionen, Demos und anderen Veranstaltungen der Partei, aktiv Adressen von an der Partei interessierten Menschen aufnehmen.

### 2. Zielgruppen analysieren, geplant vorgehen

Einfach nur Mitglieder werben ist ein schönes, aber langfristig wenig nachhaltiges Ziel, weil man viele inaktive Mitglieder wirbt. Aus diesem Grund ist eine vorherige Bestimmung der Zielgruppen und auch eine örtliche bzw. thematische Eingrenzung von Werbeaktivitäten not-

wendig. (siehe Kasten Mitte oben). Jede Zielgruppe bedarf eines gesonderte Ansprache-Konzeptes und daraus folgender einer genau geplanten Vorgehensweise.

Lokale bzw. thematische Eingrenzungen der Zielgruppe(n) ergeben sich unter Umständen schon aus der betrachteten Gruppe selber. (siehe Kasten rechts oben).

### 3. Mitgliederwerbung systematisieren:

Ziele setzen, Verantwortlichkeit delegieren und Ziel-Erreichung abfragen. Um die Mitgliederwerbung zu systematisieren sollte auf Landesebene eine feste Arbeitsgruppe installiert werden (siehe Kasten rechts oben).

Es sollte sich hier ein stetiger Kreislauf (Analyse IST-Zustand | Definition SOLL-Zustand und Massnahmen | Durchführung | Ergebnissammlung | Analyse IST-Zustand) ergeben. Analoge Arbeitsgruppen sollten dann auf Ebene der Kreisverbände eingerichtet werden und mit identischen Methoden – koordiniert von der landesweiten Arbeitsgruppe – arbeiten. Regelmässige (4 Wochen?) Treffen dieser Arbeitsgruppe, wöchentliche Rückmeldung der Zahlen aus den Kreisen und der Landesmitgliederverwaltung und quartalsweise landesweite Treffen mit den Arbeitsgruppen der Kreise sind zu organisieren.

Eine Vernetzung mit gleichartigen Arbeitsgruppen in anderen Landesverbänden und mit der Bundesebene ist notwendig und anzuregen.

- Bericht: Asja Huberty

### Lokale und thematische Eingrenzungen:

- Semesterstart
- Tarifverhandlungen
- Lokale Fragestellungen vor Ort
- Strukturschwache Gebiete
- Kommunen, die konkret und direkt von bestimmten Massnahmen betroffen sind
- Kreisverbände, deren Mitgliederzahlen sinken bzw unter dem landesdurchschnittlichen Wert liegen

### Aufgaben der Arbeitsgruppe:

- Analyse der bestehenden Mitgliederzahl und -struktur
- Beobachtung der Zu- und Abgänge; runtergebrochen bis auf unterste Gliederungsebene
- Erarbeitung einer landesdurchschnittlichen Mitgliederzahl und Eintrittsquote als Zielvorgabe und zur quantitativen Zielprüfung
- Erstellung von Materialien und Handlungsanweisungen
- Sicherstellung der Verteilung der Materialien
- Kommunikation des Konzeptes „Mitgliederwerbung“ in die Untergliederungen
- Zentraler Ansprechstelle für Mitgliederbeauftragte der Untergliederungen
- Unterstützung bei Durchführung konkreter Massnahmen durch Material und Menschen
- Zielprüfung und Kommunikation des erreichten Standes (in Richtung Untergliederungen und LaVo)
- Analyse des Erfolgs bzw Misserfolgs; Ermittlung der Ursachen und Erarbeitung von Massnahmen zur Versteigerung des Erfolgs bzw zur Verhinderung weiteren Misserfolgs.

## Workshop 8:

# Aufgaben und Struktur des Landesrates und der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG)

Verantwortlich: Klaus Dieter Brüggemann und Silke Mahrt

Bild links: Die jüngste Teilnehmerin der Workshops!

## Der Landesrat als Korrektiv

Einige Bemerkungen von Ralf Iden



In dem Workshop zu „Aufbau und Struktur des Landesrats...“ flammte sie noch einmal kurz auf, die Leidenschaft in der Debatte über die Bedeutung des Landesrats in der Organisationsstruktur des Landesverbandes unserer Partei. Aber wie der Mitgliederrundbrief des Landesvorstandes (LaVo) zur Landesmitgliederversammlung (LMV) unaufgeregt festhält: „Der Landesrat ist das höchste Organ zwischen den Parteitagern. Seine Funktion ist in der Landessatzung eindeutig geregelt.“ Insofern waren die Argumente, die die Diskutanten austauschten zwar nicht weniger schlagkräftig und zum Teil ebenso konträr, wie schon vor über 2 Jahren, als es darum ging, den Landesrat (LaRa) als Organ in der Landessatzung in der neuen Partei zu verankern, - aber auch ebenso alt! Neue Argumente habe zu mindestens ich nicht vernommen.

So heißt es zu den Funktionen unserer Landesrates in der Satzung §15 weiter: „(1) Der Landesrat ist das oberste Beschlussfassende Organ des Landesverbandes zwischen den Landesparteitagern. Er gewährleistet die gegenseitige Information über und die Koordination von Planungen der Kreisverbände, des Landesvorstandes und der Landtagsfraktion. Er hat Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Landesvorstand.“

### Verantwortung des Landesrates

Zugegeben, wichtige Aufgaben sind ihm in der Satzung übertragen worden, und eine entsprechend große Verantwortung lastet damit auf den Schultern derjenigen, die als Delegierte in dieses Gremium hinein gewählt worden sind. Und in den etwas mehr als zwei Jahren seiner Existenz, lief nicht immer alles, wie wir es uns gewünscht haben. So wurde auch auf dem Workshop der LMV der Vorwurf ausgesprochen, dass der Landesrat sich ja immer nur gestritten habe und Delegierte permanent versucht hätten, den Landesrat zu instrumentalisieren und für ihre Interessen, auch gegen den Landesvorstand, zu nutzen.

Richtig, es gab Sitzungen des Landesrates, die waren nicht schön. Und hart wurde gerungen. Aber mal ehrlich, es wäre doch sehr verwunderlich gewesen, wenn gerade das Gremium, dass alle Kreise, den LaVo, und den Jugendverband beinhaltet, nicht gestritten hätte. Eine Etappe liegt hinter uns, während derer, - gelinde gesagt - , der Landesverband nicht gerade von Harmonie geprägt war. Das sich dieses Bild auch im Landesrat widerspiegelte ist nicht wirklich verwunderlich. Und in solchen Momenten kam es auch immer mal wieder vor, dass andere Mehrheiten zustande kamen als im Landesvorstand, oder in einzelnen, nicht selten größeren, Kreisen. Das ist nicht bequem, dass ist für diejenigen die unterlagen, ärgerlich, aber der LaRa hat damit seine Kontrollfunktion, und ab und an, seine Initiativfunktion in Anspruch genommen. Und er hat bei umstrittenen Punkten „grundsätzliche politische und organisatorische Fragen“ ‘beraten’ und ‘beschlossen’.

### Der Landesrat als Korrektiv

Ein Argument, welches auch beim Workshop der LMV wieder zum Tragen kam, und durchaus nicht von der Hand zu weisen

## Zukunft der LAG´n

Schnell herrschte Einigkeit: Für die inhaltliche Diskussion eines Landesprogramms sowie zur Beteiligung an der Diskussion um ein Bundesprogramm ist der Landesverband dringend auf funktionierende LAGs angewiesen. Außerdem sind die LAGs mit ihren eher inhaltlich als formal ausgerichteten Diskussionsprozessen ein wichtiges Merkmal innerparteilicher Demokratie und einer lebendigen Diskussionskultur. Dies entspricht den Wünschen und Bedürfnissen der Mitglieder.

Gleichzeitig können die LAGs mit ihrer Arbeit unsere Mandatsträger auf kommunaler Ebene ebenso unterstützen wie die Arbeit der Bundes- und Landtagsabgeordneten.

Aber auch Probleme wurden gesehen: LAGs brauchen klare Strukturen und einen geregelten Informationsaustausch sowohl innerhalb der LAGs als auch zwischen diesen, mit dem Landesvorstand, den Mitgliedern im Landesverband und den Mandatsträgern. Und LAGs brauchen für ihre Arbeit finanzielle Mittel.

Gerade in einem Flächenstaat wie Schleswig-Holstein führen lange Fahrwege oft zu schlecht besuchten LAG-Sitzungen. Außerdem führen hohe Fahrkosten zu einer starken finanziellen Belastung sowohl des Einzelnen als auch des Landesverbandes. Hier müssen neue Wege gefunden werden, z.B. durch regionale Arbeitsgruppen, die es in einzelnen Kreisverbänden zu vielen Themen bereits gibt. Aufgabe des Landesvorstandes ist es, hier eine Vernetzung zu organisieren.

Der Landesvorstand soll sich Anfang des Jahres intensiv mit den LAGs beschäftigen. Dabei müssen folgende Fragen bearbeitet werden:

- Finanzielle Ausstattung der LAGs
- Darstellung der LAGs im Internet
- Kommunikations- und Informationsstrukturen
- Vernetzung der LAGs

- Bericht Silke Mahrt



ist, besagt, dass sowohl große und kleine Kreisverbände gleichviel Delegierte in den LaRa entsenden. Nämlich jeweils 2. Das sei ungerecht und nicht repräsentativ.

Schleswig Holstein ist ein Flächenland mit durchaus nicht wenig ländlich geprägten und einwohnerschwach besiedelten Gebieten. Die LINKE ist, anders als z.B. die CDU, eine Partei, die ihre Wählerclientel maßgeblich unter Arbeitern, Arbeitslosen, HARTZ IV Empfängern etc. hat. Große Teile ihres Wählerpotenzials findet sie deshalb hauptsächlich in den Städten. Zudem ist es leichter eine Infrastruktur in den Städten aufzubauen und ein Parteileben zu entfalten als in der Fläche. So ist es fast zwangsläufig das die städtischen Kreisverbände um einiges mitgliederstärker sind, als die Flächenkreisverbände. Zur Zeit bringen Kiel und Lübeck jeder für sich mindestens zweimal soviel Mitglieder und damit Delegierte für Landesversammlungen und Landesparteitage auf die Waage, als wie ein durchschnittlicher Flächenkreis. Dieses Verhältnis wird sich in nächster Zeit wohl noch mehr zugunsten der Stadtkreise entwickeln

Entsprechend ist ihr Einfluss bei Wahlen von Mandatsträgern und Delegierten. Grundsätzlich gibt es dagegen kaum etwas einzuwenden. Eine Partei die hauptsächlich in einem bestimmten städtischen Milieu verankert ist, bzw. für dieses Politik machen will, sollte auch so in ihren Organen zusammengesetzt sein. Der Einfluss dieser Kreise schlägt sich potentiell, und nicht selten faktisch, nieder im Landesvorstand, bei der Landtagsfraktion und in den Delegiertenwahlen.

Um dennoch die Fläche nicht aus den Augen zu verlieren, kleineren Kreisen auch eine Mitsprachemöglichkeit zugeben, Kooperationen und Koordinationen zwischen großen und kleinen Kreisen zu ermöglichen, sich gegenseitig für Probleme der jeweils anderen zu sensibilisieren, spricht eindeutig der aktuelle Delegiertenschlüssel für den Landesrat. So existiert ein Korrekturgremium, welches die Waage des Einflusses bestimmter Kreise wieder ein Stück weit in die andere Richtung schwenken lässt und es entsteht die Möglichkeit, dass die Landespartei als Landespartei agiert, welche wirklich alle Kreise mitnimmt und niemanden auf der Strecke lässt. Soweit ist es noch nicht, aber es ist möglich

Gerade die letzte ordentliche Sitzung des LaRa's Ende August 2009 hat positive Impulse gezeigt. Nicht nur das nach zähem Ringen endliche Zustandekommen der Verabschiedung des Finanzplans, sondern auch die Verabschiedung des Sofortprogramms zur Landtagswahl durch den Landesrat, als auch ein Aufnehmen von INFO.Die Linke in die Finanzplanung mit Unterstützung von Teilen des LaVo's, zeigte zum einen die Arbeitsfähigkeit des LaRa und zum anderen seine Notwendigkeit. Ohne dieses Gremium wäre die Partei ansonsten ohne politisch autorisiertes Profil in die Landtagswahl gegangen und hätte zum anderen bis heute keine eigene Partei- und Mitgliederzeitung.

## Verantwortung für den Landesrat

Die politischen Möglichkeiten die der Landesrat schafft, und die Verantwortung die die Kreise und der Jugendverband bzw. ihre Delegierten haben, ist leider noch nicht bei allen angekommen. Die letzte Sitzung im Dezember 2009 des LaRa war nicht beschlussfähig. Noch immer haben nicht alle Kreise zwei Delegierte plus Ersatz bestimmt. Manchmal klappt die Absprache nicht. Einige Kreise und leider auch unser Jugendverband erscheinen höchst selten zu den Sitzungen. Nicht nur, dass so keine vernünftige kontinuierliche Arbeit aufgebaut und entwickelt werden kann. Nicht nur, dass so wichtige und notwendige Beschlüsse nicht getroffen werden können, Kreise ihre Positionen nicht einbringen können. Sondern auch für die Delegierten, die zum Teil weite Anreisewege haben, ist das verschenkte Zeit. Das muss nicht sein. Hätte ich für 2010 einen Wunsch frei, so wäre es der, dass alle in der Partei, vor allem die Kreise und ihre Delegierten, und neu - die Landtagsfraktion, sich ihrer besonderen Verantwortung für den Landesrat bewusst werden und wir ein Gremium schaffen, dass die Partei insgesamt nach vorne bringt. Vielleicht klappt es ja?!

## Workshop 9: Innerparteiliche Bildungsarbeit

Verantwortlich: Gösta Beutin

### Thesen für die innerparteiliche Bildungsarbeit

von Regine Brügemann

**A**us Übermacht der Fragen ohne Antwort erwächst die Sehnsucht nach fundamentalistischen Gewissheiten ohne Fragen" - Andre Gorz / Otto Kallscheuer

### Die Linke lernt:

#### 1. These: Bildungsarbeit braucht Räume

Die Räumlichkeiten beeinflussen die Menschen, die in ihnen tätig werden. Der Ort der Bildungsveranstaltungen sollte daher möglichst nicht das Parteibüro sein, in dem alte Streitigkeiten noch in der Luft hängen. Es sollte ein neutraler, ansprechender Ort sein, der über das entsprechende Equipment verfügt. Das darf ruhig etwas kosten, die Partei muss sich entscheiden, wofür sie Geld ausgeben will.

#### 2. These: Bildungsarbeit braucht Verlässlichkeit

Die Veranstaltungen müssen einen festgelegten Anfang und ein ebensolches Ende haben. Darauf müssen sich die Teilnehmer/Innen unbedingt verlassen können. In Hamburg finden die Veranstaltungen in der Zeit von 18:00-20:30 Uhr statt und keine Minute länger! Die Bildungsverantwortlichen müssen immer ansprechbar sein und verlässlich jede Anfrage beantworten, sich kurz für Nachfragen/Anmeldungen bedanken, etc. Also, immer Kontakt halten!

#### 3. These: Bildungsarbeit braucht

##### TeamerInnen aus den Reihen der Partei

Wir müssen die "Schätze" der Partei heben. Es gibt überall Genossen/Innen, die ein Spezialthema bearbeiten, und/oder sich in etwas Neues einarbeiten wollen. Da können wir ruhig Vertrauen haben und auch mal ein Risiko eingehen. Nach den Erfahrungen in HH, stellen sich ohnehin nur diejenigen zur Verfügung, die sich

eine solche Aufgabe zutrauen. Und es ist überhaupt nicht schlimm, wenn am Anfang nicht alles ganz perfekt ist.

Die Glaubwürdigkeit des Teamers und die persönliche Ansprache an die Teilnehmenden ist wichtiger. Es sollte regelmäßige Teamer/Innen Treffen geben, wo die zukünftigen Themen gemeinsam beraten werden. Auch zu den Teamern sollten die Bildungsverantwortlichen regelmäßig Kontakt halten. Ziel muss es sein, ein Teamernetzwerk aufzubauen. Es ist wichtiger die richtigen Fragen zu stellen, als allumfassende Antworten zu haben. Und: Teamer und Teilnehmer lernen gemeinsam!

#### 4. These: Bildungsarbeit braucht einen langen Atem und revolutionäre Geduld

Damit sich die Bildungsarbeit zu einem Referenzpunkt innerhalb der Partei entwickeln kann, braucht es Geduld und Zeit. Und wir müssen weg von der Auffassung, dass es nur dann eine gute Veranstaltung war, wenn eine bestimmte Größe erreicht ist. Nein, auch ein Abend mit 5-10 Teilnehmer kann stilbildend und erkenntnisfördernd sein. Wir können sicher sein, eine gute Bildungsarbeit wird sich herumsprechen und schon bald haben wir "Stammkunden".

#### 5. These: Bildungsarbeit braucht eine andere Kultur und befördert sie im Umkehrschluss mit

Wenn die Linke auf Dauer Erfolg haben soll, ist innerparteiliche Bildung lebensnotwendig. Die Linke braucht gebildete Mitglieder. Selbstaufklärung und Eigeninitiative ist das Ziel. Grundlage einer guten Bildungsarbeit ist eine andere Kultur des Miteinandergehens! Wir brauchen eine angstfreie Atmosphäre, in der sich alle trauen, sich zu Wort zu melden. Wir müssen das "Sprechen" organisieren! Das gilt besonders für Frauen! Wir haben Respekt voreinander und hören uns gegenseitig aufmerksam zu! Aber: hält jemand ein Co-Referat, stoppen wir ihn (die männliche Anrede ist bewusst gewählt). Die jeweiligen Teamer/Innen müssen konsequent jede Form der alten Streitigkeiten unterbinden. Meinungsvielfalt ist

hingegen förderlich für die lebendige Diskussion. Dann steht der "Erotik der Erkenntnis" nichts mehr im Weg!

#### 6. These: Bildungsarbeit muss sich den Themen der Zeit stellen

Diese zu benennen und aufzubereiten ist ein komplizierter, widersprüchlicher Prozess. Parteibildung muss sowohl die aktuellen Themen in der Linken aufgreifen, als auch über den gegenwärtigen Stand der Debatte hinausweisen. Wir

müssen an der Entwicklung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts arbeiten. Wir müssen wissen, wie gearbeitet und gelebt werden soll. Daher müssen wir den Genossen/Innen und Interessierten auch Deutungen zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise anbieten. Hierfür braucht es Angebote, die zeitnahe Unterstützung bieten und die jeweilige Zielgruppe ansprechen.

**Unser Motto soll sein: "Belehre mich nicht, lass mich lernen"**

## Workshop 10: Solid

Verantwortlich: Solid

**Bericht:** Alexander Gross,  
Kreisvorstand Pinneberg  
und Sprecher Solid-Pinneberg

### Workshop Solid in Schleswig-Holstein stärken:

- nicht nur Aktionen unterstützen, sondern selbst welche organisieren
- kleine soziale Projekte veranstalten  
(z.B. heiße Suppe zur Weihnachtszeit an Bedürftige verteilen)
- sich auch mehr auf Friedenspolitik beschränken
- öfter in Ausschüssen vertreten sein
- Homepage bearbeiten (auf Kreis- und Landesebene)
- Sparte Solid auf den Homepages von der Linken vergrößern
- mehr Geld von der Partei - Mitgliedsbeiträge abschaffen
- wenn man Mitglied bei der Linken ist (zwischen 16-35 Jahren), dann soll man automatisch aktives Mitglied bei Solid sein
- Linksjugend Solid soll bei Aktionen von der Linken mehr eingebunden werden
- bessere Kommunikation mit dem Landesverband - bessere Struktur (LV)
- kleines Info-Heft mit Anmeldebogen erstellen, in dem alle Schwerpunkte der Linksjugend vertreten sind und nicht nur eines
- Fest der Linksjugend Solid veranstalten
- mehr Redebeiträge für Jugendliche auf Veranstaltungen der Linken
- Stärkung der Partei, indem man Projekte unterstützt
- Erstellung eines eigenen Solid Kontos - LMV der Linksjugend veranstalten
- Solid Vorstand wählen und Aufgabenverteilung
- Solid-Zeitungen verteilen und auch an Schulen auslegen
- eigenes Programm für SH erstellen
- mehr Pressemitteilungen veröffentlichen
- Bündnispolitik, um größere Aktionen zu planen

**INFO DIE LINKE.**

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 11. Januar 2010

Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19,  
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner,  
Brigitte Sawirucha.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: edda.lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.